

Bericht an den Landrat

Bericht der: Umweltschutz- und Energiekommission
vom: 23. Mai 2017
Zur Vorlage Nr.: [2017-113](#)
Titel: **Bericht zum Postulat 2016-069 von Florence Brenzikofer:
«Unterstützung aus Baselland für den Trinationalen Atomschutz-
verband (TRAS)»**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

2017/113

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat 2016-069 von Florence Brenzikofer: «Unterstützung aus Baselland für den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS)»

vom 23. Mai 2017

1. Ausgangslage

Das am 14. April 2016 von Florence Brenzikofer eingereichte Postulat 2016/069 «Unterstützung aus BL für den Trinationalen Atomschutzverband TRAS» fordert die Regierung von Basel-Landschaft auf, sich in vergleichbarer Art wie der Nachbarkanton Basel-Stadt im TRAS zu engagieren und diesen aktiv zu unterstützen

Der Regierungsrat hat bereits in seiner Stellungnahme zu Händen des Landrates vom 19. Mai 2011 darauf hingewiesen, dass die Zuständigkeit sowohl für die Aussenpolitik als auch für die Kernenergie beim Bund liege und aus diesem Grund den Beitritt zum privatrechtlichen Verein Trinationaler Atomschutz (TRAS) abgelehnt, gleichzeitig aber eine Vertretung in der französischen lokalen Informations- und Überwachungskommission CLIS befürwortet. Inzwischen hat der Kanton Basel-Landschaft bei der CLIS einen Beobachterstatus erlangt, analog zum Nachbarkanton Basel-Stadt. Einem Schreiben der französischen Umweltministerin vom Januar 2017 an Bundesrätin Doris Leuthard ist zu entnehmen, dass die Abschaltung des Atomkraftwerks Fessenheim nach provisorischem Zeitplan spätestens per Ende 2018, im Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Flamanville, erfolgt. Die Abschaltung ist somit terminiert.

Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde am 27. März von Katrin Bartels, SID, Leiterin Abteilung Familie, Integration und Dienste (Fachstelle Familienfragen), der Kommission vorgestellt und am 8. Mai 2017 beraten. An beiden Sitzungen anwesend waren Direktionsvorsteherin Sabine Pegoraro, Generalsekretär Michael Köhn und Alberto Isenburg, Leiter AUE.

2.2. Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Eine Kommissionsminderheit stellt diverse kritische Fragen. Bemängelt wird, dass die Aufgaben und Tätigkeiten der CLIS in der Vorlage erläutert werden, nicht aber über das

von der TRAS in den letzten Jahren Erreichte berichtet werde. Auch wird nicht verstanden, warum der Kanton Basel-Landschaft zwar an der Gründung und Verabschiedung der Zielsetzung des Trinationalen Atomschutzverbandes (TRAS) beteiligt war, nicht aber Verbandsmitglied ist. Die Bevölkerung der Region müsse vor gewissen Hochrisiken geschützt werden. Als Mitglied des TRAS könnte der Kanton BL stärker zur Erfüllung des Verfassungsauftrags beitragen, wird unter Hinweis auf Verfassungsartikel 115 betont. Unter anderem könne der TRAS mittels Information und Intervention darauf hinwirken, dass das alte, störanfällige KKW Fessenheim abgeschaltet wird. Auch der Nachbarkanton Basel-Stadt ist TRAS-Mitglied. Die Organisation könne bei den Behörden in Frankreich, der Schweiz und Deutschland direkt vorstellig werden; und je grösser der Mitgliederkreis, desto grösser die politische Wirkung des Atomschutzverbandes, wird argumentiert.

Der Kanton Basel-Landschaft hätte für eine TRAS-Mitgliedschaft weniger zu bezahlen als der Nachbarkanton Basel-Stadt, erklärt die Verwaltungsvertreterin der SID in Antwort auf entsprechende Fragen, und der Beitritt hätte keinen Einfluss auf die CLIS-Mitgliedschaft. Der TRAS kann juristische Gutachten zu den Umweltauswirkungen rund um Fessenheim anstrengen und aufgrund der erhobenen Daten Beschwerden und Klagen einreichen, was bereits mehrfach der Fall war. Auf Wunsch wird der Kommission eine Aufstellung der Tätigkeiten der TRAS nachgeliefert.

Der Verwaltungsvertreter der BUD erklärt, dass auf regionaler Ebene wenig erreicht werden könne. Basel-Stadt sei seit zehn Jahren Mitglied im TRAS. Aber seither habe noch kaum etwas erreicht werden können. In Frankreich lösten Aktionen vor Ort in der Regel kaum Begeisterung aus, da dort der Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet wird. Die politischen Wege im Umweltbereich seien lange und kompliziert. Um das nötige Gewicht zu haben, müssten Umweltanliegen in jedem Fall vom Regierungsrat via Bern an Paris gerichtet werden. Nach wie vor vertritt der Regierungsrat die Auffassung, dass es nicht Sache der Kantone sei, Mitglied eines privatrechtlich konstituierten Verbandes zu werden. Die Direktionsvorsteherin erklärt auf Anfrage, dass die beiden Regierungen BS und BL die Anliegen von TRAS durchaus punktuell unterstützen. Allfällige Forderungen müssten aber sinnvollerweise via Bundesrat eingebracht werden.

3. Antrag an den Landrat

Die Umweltschutz- und Energiekommission beantragt dem Landrat mit 6:1 Stimmen und 4 Enthaltungen, das Postulat abzuschreiben.

23. Mai 2017 / ble

Umweltschutz- und Energiekommission

Franz Meyer, Präsident